



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

14. Ratssitzung vom 9. September 2026

611. 2026/208

Bericht der Datenschutzstelle für das Jahr 2025

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat in Anwendung von Art. 63 Abs. 1 lit. e der Geschäftsordnung des Gemeinderats den Bericht der Datenschutzstelle für das Jahr 2025 geprüft (vgl. Bericht und Antrag der GPK vom 31. August 2026).

Referat zur Vorstellung des Berichts / Kommissionsreferat:

Sarah Dähler (Grüne): Der Tätigkeitsbericht der Datenschutzstelle für das Jahr 2025 ist der zweite Bericht unter der Datenschutzbeauftragten Dr. iur. Patrizia Schwarz und liegt als Webseite vor. Er ist nach den Strategieschwerpunkten der Datenschutzstelle gegliedert und gut lesbar. Im Jahr 2025 standen drei Punkte im Zentrum. Das erste Thema ist Microsoft 365, wobei die Microsoft-Produkte nur noch in der Cloud angeboten werden. Im Alltag der Datenschutzstelle hat sich gezeigt, dass Dienstabteilungen zunehmend erwägen, auch sensible Personendaten dort abzulegen. Die Datenschutzstelle hält das schwer vereinbar mit dem Grundrecht auf Privatsphäre. Sie hat Organisation und Informatik (OIZ) schon im Jahr 2024 auf ihre Bedenken hingewiesen. Diese hat ihre Risikobetrachtung erneuert und im Frühjahr 2025 ein Moratorium ausgesprochen. Geplant ist eine Verschlüsselungslösung, bei der nicht Microsoft, sondern die OIZ selbst die Schlüssel verwaltet. Ein externes Audit, das die Datenschutzstelle gefordert hatte, kam Ende Jahr zum Schluss, dass die Lösung grundsätzlich geeignet ist, aber Restrisiken bestehen. Die Datenschutzstelle wurde deshalb beim Gesamtstadtrat vorstellig und machte ihre deutliche Haltung klar: Diese Restrisiken muss der Stadtrat in einer verbindlichen Cloud-Governance verantworten. Es braucht eine Exitstrategie, die diesen Namen verdient. Es geht nicht nur um die Technik, sondern auch um die Frage, wie abhängig sich eine Verwaltung von einem einzelnen Anbieter machen darf und wie viel demokratische Kontrolle es über die eigenen Daten zu behalten gilt. Das zweite Thema ist die Künstliche Intelligenz (KI). Der Stadtrat hat im August 2026 die städtische KI-Richtlinie verabschiedet, die den Umgang mit generativen KI-Werkzeugen externer Anbieter regelt. Erfreulich ist ZüriA: eine stadteigene KI-Assistenz auf Basis von Open-Source-Sprachmodellen, betrieben in städtischen Rechenzentren. Die Datenschutzstelle hat die Basisversion in einer Vorabkontrolle geprüft und hält fest, dass sie hohen Datenschutzanforderungen entspricht. Diesen Weg wünscht man sich für die Digitalisierung der Stadt. Weniger erfreulich ist eine andere Feststellung im Bericht. Nur wenige KI-Projekte werden ak-



tiv zur Vorabkontrolle gemeldet. Mehrfach wurde die Datenschutzstelle über Medienberichte oder Intranetmeldungen auf kritische Vorhaben aufmerksam und musste die Anmeldung nachträglich einfordern. Der Informationssicherheits- und Datenschutzprozess gilt auch für KI-Vorhaben – das scheint noch nicht überall angekommen zu sein. Der Bericht hält fest, dass die Stadtverwaltung auf Hochrisikosysteme wie die Gesichtserkennung im öffentlichen Raum verzichten soll. Das dritte Thema ist Datenschutz an Schulen. Dort werden täglich grosse Mengen an sensiblen Daten wie Leistungs-, Verhaltens-, Förder- oder Gesundheitsdaten bearbeitet. Gleichzeitig sind die Strukturen dezentral, die Ressourcen knapp und Datenschutzexpertise selten vorhanden. Schülerinnen und Schüler können die langfristigen Folgen von Datenbearbeitungen noch nicht abschätzen und sind besonders schutzbedürftig. Die Datenschutzstelle hat daher Schulleitungen und Schulinformatiker*innen geschult, die Plattform «Meine Kinder» mit einer Vorabkontrolle begleitet und plant eine mehrjährige Kampagne zum Thema. Neben diesen drei Schwerpunktthemen zeigt der Bericht der Datenschutzstelle, wie breit ihre Aufsichtstätigkeit ist. So geht es zum Beispiel um die neuen Parkuhren mit Kontrollschildangabe, das integrierte Lagebild der Blaulichtorganisationen, die Open-Source-Intelligence bei der Stadtpolizei – wofür eine spezifische gesetzliche Grundlage bis heute fehlt – oder um die Digitalisierung des Vikariatsprozesses, wo dank der Vorabkontrolle deutlich weniger Personendaten bearbeitet werden als ursprünglich geplant. Das ist ein gutes Beispiel dafür, dass Digitalisierung und Datenschutz kein Widerspruch sind. Ich möchte die Videoüberwachung erwähnen, die ein erheblicher Eingriff in die Privatsphäre ist. Datenschutz ist ein Grundrecht. Die Datenschutzstelle hat im Berichtsjahr 2025 die ersten Vorabkontrollen nach der revidierten städtischen Datenschutzverordnung durchgeführt. Diese Verordnung wirkt und führt zu sorgfältigen Einzelfallprüfungen. Die Datenschutzstelle geht davon aus, dass zahlreiche, heute betriebene Anlagen nach Ablauf der Übergangsfrist eingestellt werden müssen. Wir sind mit dieser Entwicklung zufrieden. Zum Abschluss ist hervorzuheben, dass aus dem neuen Kontrollkonzept der Datenschutzstelle vermehrt Stichkontrollen hervorgehen. Das ist angesichts der Grössenverhältnisse zu begrüßen. Die Datenschutzstelle besteht nämlich nur aus der Datenschutzbeauftragten, vier juristischen Mitarbeitenden und einem Sekretariat. Damit begleitet sie rund 36 000 Angestellte in 9 Departementen und über 50 Dienstabteilungen. Die vermehrten Kontrollen senden ein klares Signal an alle Verantwortlichen: Das Thema Datenschutz soll ernst genommen werden. Die Fragen der Geschäftsprüfungskommission (GPK) wurden zufriedenstellend beantwortet. Darum empfehlen wir, den Bericht abzunehmen.

Derek Richter (SVP): Genau wie mit Geld kann der Stadtrat anscheinend auch mit Daten nicht umgehen. Das zeigt der Tätigkeitsbericht der Datenschutzstelle. Die Stadt hat bei der Digitalisierung die digitale Souveränität sträflich vernachlässigt. Die SVP betont seit Jahrzehnten die Souveränität. Was für unsere Daten gilt, gilt auch für alles andere. Bereits mit der Schriftlichen Anfrage GR Nr. 2025/386 und dem überwiesenen Postulat GR Nr. 2025/572 haben wir den Stein ins Rollen gebracht. Besonders beim Einsatz der Microsoft-Produkte wird deutlich, wie gross die Abhängigkeit von ausländischen Tech-Konzernen geworden ist. Dass für besonders schützenswerte Daten ein Moratorium verhängt wurde und noch immer ein veritables Restrisiko besteht, ist kein technisches Detail, sondern ein Souveränitätsproblem. Unsere Daten gehören nicht auf irgendwelche



ausländische Datenserver. Sie dürfen die Schweiz nie verlassen. Die Datenschutzstelle fordert völlig zu Recht eine klare Cloud-Governance und eine verbindliche Exitstrategie. Die SVP unterstützt die Forderung ausdrücklich. Der Bericht hat auch weniger schöne Seiten: Bei den neuen Parkuhren hält sich unsere Zustimmung in klaren Grenzen. Diese Datensammlung ist ein Unding. Zusammenfassend erachtet die SVP den Bericht als genügend und nimmt ihn daher zur Kenntnis. Ohne die Gendersterne wäre er noch besser und dann würde er auch der Forderung der kantonalen Verfassung entsprechen.

Sophie Blaser (AL): *Den Bericht der Datenschutzstelle lehnen wir ab. Es erstaunt uns ein wenig, dass wir die Einzigen sind. Der Bericht ist vage. Immer wieder wird die Ausgangslage ausführlich erläutert, wie bspw., dass Schulen mehrfach Personendaten bearbeiten, doch wie sie das tun und wo es heikel werden könnte, wird nicht beschrieben. Empfehlungen werden als Wünsche oder vage formuliert. Vieles, was eine Übersicht hätte sein können, ist in Prosa festgehalten. Immer wieder wird ausgeführt, dass die Datenschutzstelle wertvolle Weiterbildungen für die städtischen Mitarbeitenden gehalten hat, doch was sie genau bringen und woran sie deren Wert festmachen, wird nicht klar. Die Aussagen werden nicht gestützt. Eine Agenda wie im Bericht der Ombudsstelle wäre aus unserer Sicht zielführender gewesen. Es steht auch, dass man mehr Stichproben zu KI-Vorhaben machen muss. Grundsätzlich gibt es aber wenig Zahlen im Bericht. Auf die Nachfrage, wie oft die Stichproben durchgeführt wurden und geplant sind, antwortete man, dass es im Jahr 2025 eine gegeben habe und es noch keine Werte für das Jahr 2026 gebe. Das werde im Jahr 2027 klar. Die Aussage, dass es mehr Kontrollen geben werde, konnte nicht belegt werden. Wir haben das erwähnte Kontrollkonzept zur Lektüre erbeten, doch das sei noch nicht fertiggestellt und intern in der Vernehmlassung. Das Vertrauen der Datenschutzstelle in die Verwaltung hat uns beeindruckt und schockiert. Das ist nicht die Aufgabe einer Aufsicht. Der Stadtrat hat viel Vertrauen in die Verwaltung. Die Aufgabe der Datenschutzstelle wäre die Skepsis, Nachfrage, Kontrolle und Aufsicht. Die Verwaltung kann Mitarbeitende auch ohne die Hilfe der Fachstelle ausbilden. Da wir nicht in der GPK sind, erfolgt unsere Ablehnung erst heute. Wir hoffen, dass die Datenschutzstelle nächstes Jahr einen sauberen Bericht abliefern.*

Schlussabstimmung

Die GPK beantragt, den Bericht der Datenschutzstelle für das Jahr 2025 abzunehmen.

Zustimmung: Referat: Sarah Dähler (Grüne); Guy Krayenbühl (GLP), Präsidium; Derek Richter (SVP), Vizepräsidium; Roger Bartholdi (SVP), Martin Busekros (Grüne), Andreas Egli (FDP), Cordelia Forde (SP), Sofia Karakostas (SP), Christoph Riedweg (GLP)
Abwesend: Jehuda Spielman (FDP)
Vakant: 1 Sitz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 108 gegen 8 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



4 / 4

Damit ist beschlossen:

Der Tätigkeitsbericht 2025 der Datenschutzstelle wird abgenommen.

Das Geschäft ist erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat